

Kein

Aus dem Inhalt

- Mythos chirurgischen Krieg** 3
Bereits im Golfkrieg 1991 wurden zivile Opfer in Kauf genommen
- Die Appeasement-Lüge** 4
Warum der Vergleich mit der Hitler-Tolerierung 1938 falsch ist
- «Mit eigenen Augen sehen»** 5
Interview: Zwei Teilnehmerinnen von Friedensdelegationen im Irak
- Die Taube** 6
Kulturschaffende schreiben gegen den Krieg

Mr. 3
März 2003
www.keinkrieg.ch

Krieg

Sag NEIN!

Momentan wird Geschichte gemacht. Weltgeschichte. Und damit meinen wir nicht die Dauersendungen in CNN und n-tv. Und auch nicht die Tatsache, dass die US-Militärs wieder neue Generationen von Monsterwaffen im Feld testen. Heute geschieht Geschichte, weil weltweit sich Millionen auflehnen gegen die selbstherrliche Rolle der Hypermacht USA und ihrer Vasallen. Sehr viele Junge sind dabei, über die es doch immer hiess, sie seien unpolitisch. Und viele Ältere. Menschen, die sich dagegen auflehnen, dass für die US-Politik wie auch für ihren Feind Saddam das Wohl der Menschen nichts zählt, sondern nur ihre Macht-Interessen. Nach dem letzten Weltkrieg schrieb Wolfgang Borchert seinen berühmten Text «Da gibt es nur eins: Sag Nein!». Darin ruft er alle auf – Arbeiter, Angestellte, Fabrikbesitzer, Forscher, Dichter und die Mütter dieser Welt – sich den Forderungen der Kriegstreiber zu verweigern. Nein zu sagen. Borcherts Aufruf ist auch heute hochaktuell. Die «Mächtigen» sind auch in der hochtechnisierten Welt angewiesen auf Menschen, die Befehle ausführen. Den Erwartungen gehorchen. Konsumieren. «Funktionieren». Darum:

«Du. Polizist und Soldat in Uniform. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die mächtigen Mörder beschützen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!»

Balthasar Glättli und Stefan Luzi

Mr. Bush, you're not the president of the world

Von Nico Lutz*

Die US-Armee hat am 20. März ihren jüngsten Krieg gegen Irak begonnen. Die Regierung Bush setzt sich damit über Völkerrecht hinweg und marginalisiert die Uno – nachdem diese sich nicht von den USA für ihre Zwecke instrumentalisieren liess. Ein Quäntchen Rückgrat und Glaubwürdigkeit haben die Uno-Gremien mit ihrer Weigerung, dem Krieg ihr «Placet» zu erteilen, behalten. Aber nur ein Quäntchen. Niemand zwang die Uno, ihre Waffeninspektoren nach der Kriegsdrohung der USA abzuziehen. Wäre das westliche Uno-Personal immer noch im Irak, hätten die USA erheblich mehr Mühe gehabt, die militärischen Angriffe zu starten. Zugegeben, die Uno-Inspektoren hätten sich mit einem Verbleib einem Risiko ausgesetzt. Mindestens dem gleichen Risiko sind seit dem Beginn der amerikanischen Bombardierungen Millionen von IrakerInnen ausgesetzt. Und sie haben keine Wahl, abzuziehen.

Macht statt Recht

Die Regierung der USA behauptet, mit diesem Krieg den Menschen im Irak eine bessere Zukunft ermöglichen zu wollen. In der Tat, die irakische Bevölkerung hätte schon lange eine andere Regierung als die Diktatur Saddam Husseins verdient. Doch war gerade die US-Regierung massgeblich daran beteiligt, den skrupellosen Hussein zu einem mächtigen Despoten zu machen. Solange es den geopolitischen Interessen der USA entsprach, regte sich selbst bei den Giftgasangriffen gegen Kurden und Schiiten kaum Protest. Und wenn die USA heute kritisieren, Irak besitze biologische Waffen, dann wollen wir auch festhalten, woher die Bakterienstämme zu deren Produktion stammen: aus amerikanischen Labors.

* Nico Lutz ist Sekretär der GSoA

Mr. Bush geht es bei diesem Krieg weder um Menschenrechte noch um Massenvernichtungswaffen. Es geht ihm im regionalen Kontext um einen langfristig abgesicherten Zugriff auf nicht erneuerbare Energien. Auf strategischer Ebene geht es darum, die hegemonale Stellung der einzig verbleibenden Supermacht allen Ländern unmissverständlich aufzuzeigen. Bush macht deutlich: Es spielt keine Rolle, wenn die USA als Wirtschaftsmacht immer mehr ins Hintertreffen geraten, einzig ihre militärische Übermacht zählt. Es spielt auch keine Rolle, wenn die überwiegende Mehrheit der Staaten dieser Erde gegen diesen Krieg sind. Einzig die militärische Übermacht zählt. Doch Mr. Bush: Nicht einmal in den USA wurden Sie bei den letzten Wahlen von einer Mehrheit der amerikanischen WählerInnen gewählt. Und Sie sind schon gar nicht der legitime Präsident dieser Welt!

Millionen wehren sich

In den letzten Monaten und Wochen ist die grösste global agierende soziale Bewegung gewachsen. Es ist den Millionen von Menschen gelungen, den Krieg gegen Irak zu verzögern, nicht aber, ihn zu verhindern. Und dennoch: Diese weltweite Bewegung ist zu einem politisch relevanten Faktor geworden. Sie hat die Welt verändert. Diejenigen, die Krieg zur Durchsetzung ihrer egoistischen Interessen führen, sind politisch isolierter denn je.

Es ist nicht das erste Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, dass die USA und einige Verbündete heisse Krieg führen. Und es gab auch eine Friedensbewegung, welche die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Kosovo oder Afghanistan kritisierte. Aber es ist das erste Mal, dass die Kritik in der Bevölkerung so breit ist, dass eine Mehrheit der westlichen Regierungen sich gegen den Krieg ausspricht.

Auch in der Schweiz spricht sich kaum jemand offen für den Feldzug der USA aus. Selbst bürgerliche Parteien tun heute so, als ob sie immer schon gewusst hätten, dass Kriege falsch sind. Die breite Opposition gegen Krieg ist erfreulich. Doch glaubwürdig ist die Ablehnung eines Angriffskrieges der USA erst dann, wenn die Schweiz ihre Möglichkeiten wahrnimmt, die Unterstützung der Kriegshandlungen konsequent zu verweigern. Die Schweiz hat dabei eine Reihe von Möglichkeiten:

– Der Bundesrat muss sich endlich klar gegen den Krieg aussprechen. Die Aussage von Bundespräsident Couchepin, unabhängig von einem Uno-Mandat «wird die Schweiz wie immer im Kriegsfall reagieren: neutral» ist skandalös. Gegenüber Staaten, die Völkerrecht brechen und einen illegalen Angriffskrieg führen, der Tausenden von Menschen das Leben kosten wird, gibt es keine Neutralität!

– Wenn die Schweiz ihre Unterstützung bei den Kriegsvorbereitungen ausschliessen will, muss sie sämtliche Überflüge verweigern. Täglich fliegen amerikanische Militärmaschinen über Schweizer Gebiet. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass es in der Praxis nicht kontrollierbar ist, was in den amerikanischen Flugzeugen transportiert wird.

– Die Bilanz von zehn Jahren Wirtschafts-Embargo gegen den Irak ist katastrophal. Nach Uno-Angaben haben die Sanktionen über einer halben Million Kindern das Leben gekostet. Es ist eine humanitäre Verpflichtung der Schweiz, das Embargo zu durchbrechen und medizinische wie auch humanitäre Hilfslieferungen zu veranlassen. Ebenso muss die Schweiz irakischen Flüchtlingen den Aufenthalt in der Schweiz zusichern und Ausschaffungen in die gesamte Konfliktregion unterlassen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

– Die Schweiz muss die Rüstungszusammenarbeit mit den Staaten, die den Krieg gegen Irak führen, abbrechen. In den US-Kampfbombardieren Präzisionsteile «Made in Switzerland» mit. Wenn Grossbritannien im Irak Krieg führt, dann gelangen bei der Britischen Armee Schweizer Handgranaten zum Einsatz.

– Die Schweiz soll auch in der Uno-Vollversammlung beantragen, dass der Feldzug der USA gegen Irak als illegitimer Angriffskrieg

verurteilt wird. Wäre dies der Fall, dann könnte die USA gar vor dem internationalen Gerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden.

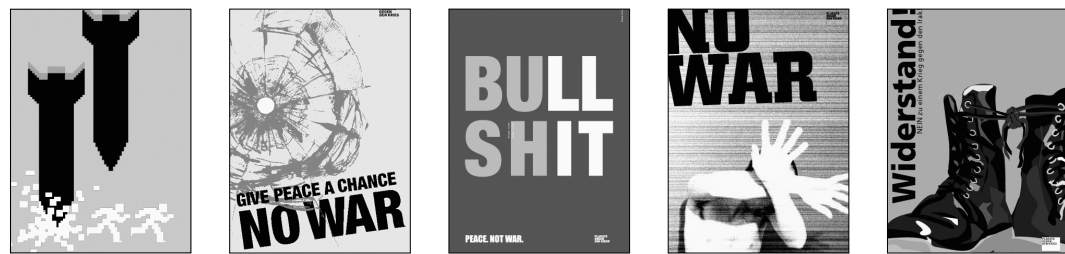
Die Schweizer Regierung hat konkrete Möglichkeiten, sich klarer gegen die Kriegspolitik der US-amerikanischen Regierung zu positionieren. Von selber wird sie dies jedoch kaum machen. Dazu braucht es einen breiten Druck von der Strasse. Darum waren die riesigen Kundgebungen in den vergangenen Wochen so wichtig. Darum ist es auch wichtig, dass wir weitermachen.

Über 40 000 Menschen verurteilen den Krieg

Drei Tage nach Kriegsbeginn haben die im «Bündnis gegen Krieg» zusammengeschlossenen Organisationen eine gesamtschweizerische Demonstration organisiert. Über 40 000 Personen nahmen an der Demonstration teil und setzten ein starkes, bestimmtes und friedliches Zeichen gegen den Angriffskrieg der USA und forderten vom Bundesrat eine klare Haltung gegen den Krieg. Die Schweiz müsse auch jegliche Unterstützung der Kriegshandlungen verweigern. Auf dem Bundes-

platz spielten Patent Ochsner und Gusti Polak und solidarisierten sich mit der Antikriegsbewegung. Redebeiträge kamen unter anderem von Rita Schiavi, Vizepräsidentin der Gewerkschaft Bau und Industrie, Antonio Hautle, Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, Elisabeth Ferris, Delegierte des Nationalen Kirchenrates der USA, Daniel Bolomey, Generalsekretär Amnesty International, Section suisse. Sämtliche Redebeiträge sind unter www.keinkrieg.ch und www.gsoa.ch zu finden.

Plakate gegen den Krieg



Ende Januar 2003 – die Zeichen standen bereits auf Krieg, die Stimmen dagegen waren noch beklemmend ruhig – organisierten zwei Typografische Gestalter aus Zürich einen Gestaltungswettbewerb gegen den Krieg. In der Tradition des Agitprop sollten so viele Strassen-Plakate wie nur möglich entstehen, welche sich gegen den Krieg aussprechen.

Was zunächst mit 20 Email-Anfragen an befreundete GestalterInnen in der Region Zürich begann, entwickelte sich zunehmend zu einer internationalen Aktion. Mittlerweile haben sich rund 80 GestalterInnen aus aller Welt mit ihren Werken beteiligt, zur Zeit zu sehen in der Galerie auf <http://plakate.netzwirt.ch> (diese Zeitung zeigt einige Plakate als Illustration). Die Publikation auf dem Netz ist aber nur der erste Schritt. Geplant ist ab nächster Woche

der Plakataushang in der gesamten Schweiz und – falls sich Verteiler finden – auch in der Welt; ebenso wird eine Ausstellung mit allen Werken organisiert und in einem letzten Schritt soll daraus ein Buch entstehen.

Finanziert wird die gesamte Aktion aus Spenden, die bisher aber nur sehr spärlich geflossen sind. Die Initianten der Plakataktion sind über jeden Betrag, der gespendet wird, froh (und garantieren den SpenderInnen auch ein Plakat fürs Wohnzimmer... Migros-Kulturprozent und GSoA bekommen bereits eines!).

Urs Gägauf

Weitere Infos unter plakate@netzwirt.ch, PC-Konto: Plakate gegen den Krieg, PC 87-403177-9.

Veranstaltungshinweis

«womanoeuvres» – Debatten zu Frieden und Sicherheit

Eine Konferenz organisiert vom cfd am 22.–24. Mai 2003 in Zürich

Im Zentrum der Konferenz stehen Fragen zu Sicherheit, Militarisierung, Ausgrenzungsmechanismen, Gewalt und Geschlechterdifferenz. Zu Wort kommen Fachfrauen, die als Beobachterinnen und Kritikerinnen der dominanten «Sicherheitsdiskurse» und als kritische Friedenspolitikerinnen international anerkannt sind. Aus verschiedenen Perspektiven stellen sie Positionen und Sichtweisen dar, die den Diskurs des Mainstreams – bzw. Malestreams – durchbrechen, und mischen sich mit Gegenentwürfen in die herrschende «Welt»-Politik ein. Anmeldung unter <http://www.cfd-ch.org/> oder per Tel. 01 242 93 07.

Spendenaufwurf!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten bereits die dritte Nummer der Zeitung «Kein Krieg» in den Händen. Die Reaktionen auf die zweite Nummer waren ausserordentlich positiv. Die Idee für eine Zeitung «Kein Krieg» ist im Herbst des letzten Jahres entstanden, mit dem Ziel, der Bewegung gegen den Krieg in der Schweiz eine inhaltliche Stimme zu geben. Am Projekt «Kein Krieg» beteiligen sich die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, die Grünen Schweiz, die cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, die Frauenstimmen gegen Krieg und die Wochenzeitung WoZ. Neben der Zeitung finden Sie auf www.keinkrieg.ch aktuelle News und weitere Hintergrundinformationen zum Krieg gegen

Irak und zum «Krieg gegen Terror». Wir wollen das Projekt «Kein Krieg» weiterführen und eine weitere Nummer der Zeitung herausgeben. Darin möchten wir nicht zuletzt auch einen Blick auf andere Konflikte werfen, die durch den Irak-Krieg ganz aus unserem Bewusstsein verdrängt werden. Und wir werden versuchen, friedenspolitische Alternativen zu ihrer Lösung aufzuzeigen.

Dazu sind wir aber auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir bitten Sie deshalb, unsere Arbeit mit einer Spende zu unterstützen (PC 87-595926-6; Zeitung «Kein Krieg», Zürich. Ein Einzahlungsschein liegt einem Teil der Auflage bei.)

Herzlichen Dank.

Das ist der Gipfel: Bush, Blair, Schröder in Evian

Das nächste G8-Treffen der mächtigsten Wirtschaftsnationen der Welt steht unmittelbar bevor. Zum Schutz des Gipfels aufgebotene Soldaten wollen den Dienst verweigern, breiter Protest ist zu erwarten.

Von Samuel Durrer*

Seit der WTO-Runde von Seattle können sich die «global Leaders» nur noch unter polizeilichem und militärischem Schutz ungestört treffen. Die No Globals versuchen diese Treffen zu verhindern oder zumindest auf ihre Anliegen für eine gerechtere Verteilung des Reichtums aufmerksam zu machen. So sind auch in Evian unzählige kreative Aktionen geplant. Rund um den See sollen Höhenfeuer errichtet werden, um Evian zu «umzingeln», in Genf ist für Sonntag 10 Uhr eine Grosskundgebung geplant und es ist mit Blockadeaktionen zu rechnen, die den TeilnehmerInnen den Zugang zum Gipfel erschweren.

Wie jedes Mal vor einem solchen Gipfel beschwören die Behörden ein Szenario mit massiven, gewalttätigen Ausschreitungen seitens der Protestierenden herauf. Weil die Demo in Genf stattfinden wird, beschäftigt dies auch die Schweizer Regierung. Wie bereits in Davos will sie den Protesten mit der Armee Herr werden. Geplant ist der grösste Armeeeinsatz seit dem zweiten Weltkrieg. Über 4000 SoldatInnen sollen die GipfelteilnehmerInnen vor den zivilgesellschaftlichen Protesten schützen. Weil ein Assistenzdienst, der mehr als 2000 Mann/Frau umfasst, vom Parlament abgesegnet werden muss, durfte sich auch dieses mit dem Gipfel beschäftigten. Leider stimmte das Parlament in der Märzsession unter den Gegenstimmen einiger Linken dem Armeeeinsatz zu.

Es werden also Schweizer WK SoldatInnen zum «Demoschutz» nach Genf beordert. Dies weckt in der Linken unweigerlich Erinnerungen an das Jahr 1932, als Walliser Rekruten auf eine antifaschistische Kundgebung schossen: es gab 13 Tote und 65 Verletzte. Solche Horrorszenerarien dürfen sich nicht wiederholen. Das sagten sich auch einige Militärdienstpflichtige, die bereits ein Aufgebot für den Dienst in Evian erhalten hatten und lancierten einen Aufruf zur kollektiven Verweigerung des Dienstes im Rahmen des G8 Gipfels (www.g8verweigerung.ch.vu). Es ist eine alte Tradition, dass die Armee gegen linke Proteste eingesetzt wird. Frisch sagte zu diesem Thema: «Die innere Schussrichtung der Armee ist klar.» Es geht aber nicht nur um innere Sicherheit, es geht der Schweiz vor allem darum, einmal mehr die Sicherheit durch Kooperation üben zu können und sich in den internationalen Kampf gegen den Terrorismus einzureihen. Der Berner Polizeidirektor Wasserfallen hat nach den Ereignissen rund um das WEF eindeutig klargemacht, dass DemonstrantInnen und TerroristInnen für ihn das gleiche sind.

Der Protest gegen den G8 Gipfel vor unserer Haustüre ist wichtig, da dort die Entscheidungen über die Aufteilung der Welt getroffen werden. Hinter verschlossenen Türen wird über Themen verhandelt, die uns alle angehen. Zum Beispiel über Krieg und Frieden, denn mit von der Partie sind auch Bush und Blair. Bush hat gar eine offizielle Einladung von Bundespräsident Couchepin, welcher er auch nachkommen wird. Der Ort, an dem sich Mr. Bush aufhalten wird, ist zwar noch unklar. Klar ist aber, dass die Antikriegsbewegung spätestens dann neue Kundgebungen initiieren wird, wenn der Hauptverantwortliche für den Krieg in die Schweiz kommt.

* Samuel Durrer ist GSoA-Aktivist

Die Schweiz auf der Strasse

Im Irak herrscht Krieg, aber der breite Widerstand dagegen reisst nicht ab. Bei Kriegsbeginn demonstrierten schweizweit 100 000 Menschen. Und schon vor Kriegsbeginn gingen 40 000 an die Demo vom 15. Februar in Bern. Ein Rückblick.

Von Samuel Durrer

Wenn in der Schweiz 40 000 Menschen auf die Strasse gehen, dann muss etwas Unglaubliches passiert sein. Zum Vergleich: Die letzte ähnlich grosse Demo in Bern fand nach der Aufdeckung des Fichenskandals statt, sie zog 30 000 Menschen an. Was war aber das Unglaubliche, das diese Demo ausgelöst hat? Bagdad wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht bombardiert und die völkerrechtswidrigen Kriege in Afghanistan und im Kosovo lösten niemals dieses Echo aus. Das Unglaubliche an der Demo in Bern, das historische Ereignis, war nicht eine Handlung der Mächtigen. Das Unglaubliche ist die Bewegung. Noch nie hat sich ein so starker Protest schon vor einem Kriegereignis gebildet. Noch nie wurde weltweit gemeinsam zu einer Demonstration aufgerufen – selbst in der Antarktis fand eine Demo statt (15 TeilnehmerInnen). Noch nie hat die Zivilgesellschaft sich so klar zu Wort gemeldet.

Und doch ist Krieg. Die Mächtigen haben über unsere Köpfe hinweg entschieden. Aber der Preis war hoch, die Kriegstreiber (bewusst nur männliche

Form) sind politisch isoliert und werden sich einen nächsten Krieg wohl zweimal überlegen. Die Bewegung ist stark, so stark wie nie – die New York Times schreibt von einer neuen Supermacht, der Weltbevölkerung. Diese Bewegung war noch zu jung, um diesen Krieg zu verhindern; wenn sie weiter macht, wird sie den politischen Preis für den nächsten Krieg gefährlich hoch für die Mächtigen machen – unglaublich!

Impressum

HerausgeberInnen

Die Zeitung «Kein Krieg», Nr. 3, März 2003, wird herausgegeben von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, den Grünen Schweiz, der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, den Frauenstimmen gegen Krieg, der Wochenzeitung WoZ, der GSoA-Zitig. Diese Ausgabe ist die GSoA-Zitig Nr. 108, zusätzlich wird sie der Wochenzeitung WoZ beigelegt.

An dieser Nummer haben mitgearbeitet

Georg Bauer (WoZ, Gestaltung und Layout), Samuel Durrer (GSoA), Urs Gägauf (Bildkonzept und Auswahl), Balthasar Glättli (Grüne), Josef Lang (SGA), Nico Lutz (GSoA), Stefan Luzi (GSoA, verantwortlich für den Inhalt), Barbara Müller (cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit), Martin Parpan (GSoA).

Ziel

Die Zeitung soll Hintergrundinformationen zum «Krieg gegen Terror» und zum Irakkrieg liefern und Handlungsmöglichkeiten gegen den Krieg sammeln und vorstellen.

Kontakt

Zeitung «Kein Krieg», Postfach, 8031 Zürich
Tel. 01 273 01 00, Email: info@keinkrieg.ch,
Internet: www.keinkrieg.ch

PC-Konto

PC 87-595926-6 (Zeitung «Kein Krieg», 8005 Zürich). Spenden sind sehr willkommen und helfen uns, eine weitere Nummer der Zeitung zu produzieren.

Druck Ropress Zürich

Auflage 65 000 Exemplare

Wie bereits vor dem ersten Angriff der US-Regierung und ihren Verbündeten auf den Irak im Jahr 1991 wird auch heute wieder von «smart bombs» und «lasergesteuerten Präzisionswaffen» geredet, um die Gefahr für die irakische Bevölkerung zu verschleiern. Dabei zeigt gerade der Blick zurück: Einen chirurgischen Krieg gibt es nicht. Und bereits 1991 wurden zivile Opfer bewusst in Kauf genommen.

Von Stefan Luzi*

Den Morgen des 17. Januar 1991 werden die Menschen im Irak niemals vergessen. An diesem Tag begannen die Alliierten ein Bombardement unvorstellbaren Ausmasses gegen das Land. Während 42 Tagen fielen in der Folge Bomben auf militärische und zivile Einrichtungen, insgesamt über 88 000 Tonnen. Aus den 2000 täglichen Luftangriffen waren am Ende der Bombardierungen 109 000 Einsätze geworden, das Dröhnen der Kampffjets und Bomber war durchschnittlich alle 30 Sekunden zu hören. Den Bombardierungen vorausgegangen war die in den Medien geführte Propagandaschlacht um die angeblichen und tatsächlichen Menschenrechtsverletzungen von irakischen Soldaten im besetzten Kuwait, die zu einem UNO-Mandat für die Bombardierungen durch die USA und Grossbritannien führten.

Angriffe gegen militärische Ziele

Nach dem Beginn des Krieges am 17. Januar 1991 waren die irakischen Truppen in Kuwait und im Südirak sechs Wochen lang pausenlosen Angriffen aus der Luft, durch Raketen und Artillerie ausgesetzt. Von der Türkei aus flogen Tarnkappen-Bomber stündlich Angriffe, ohne Vorwarnung belegten B-52 Bomber die Schlachtfelder mit bis zu 40 000 Pfund schweren Bombenteppichen pro Angriff. Von den US-Flugzeugträgern, die, wie sich General Colin Powell ausdrückte, «bei der Party dabei» waren, wurden tagelang Cruise Missiles abgefeuert. Die irakischen Soldaten waren dem Bombenregen widerstandslos ausgesetzt: Die Flugabwehr erfasste die tief fliegenden Tarnkappen-Jets nicht einmal und erreichte die aus über 13 000 Metern Höhe operierenden B-52 Bomber nicht. Irakische Flugzeuge stiegen gar nicht erst auf, da solche Einsätze Selbstmord bedeutet hätten. Die irakischen Soldaten erlebten die Hölle auf Erden: Sie waren während den nächtlichen Bombardierungen blind, taub infolge gekappter Nachrichtenverbindungen, durch Schlaflosigkeit orientierungslos und – infolge der frühzeitig unterbrochenen Nachschubwege – von Hunger und Durst geschwächt.

Als die US-Tanks am 24. Februar 1991 in

Kuweit einrollten, konnten die GIs berichten, dass sie über Kilometer nicht auf einen einzigen lebenden irakischen Soldaten getroffen waren. 14 irakische Divisionen wurden durch die Bombardierungen auf die Hälfte ihrer ursprünglichen Stärke dezimiert, bis zu 110 000 Soldaten wurden getötet. Keine Zahl, die «mich brennend interessieren würde», wie sich Colin Powell ausdrückte. Dazu kamen, abgesehen von den Spätfolgen durch den Einsatz von Uran-angereicherter Munition, 300 000 verletzte irakische Soldaten. Auf alliierter Seite wurden 434 Soldaten getötet, darunter ein beträchtlicher Teil durch «friendly fire» (Beschuss durch eigene Truppen). Von den 4200 irakischen Panzern und 3100 Artilleriegeschützen, die nach Kuwait rollten, kehrten 200 Panzer und 500 Geschütze zurück, auf US-amerikanischer und britischer Seite betrug die Verluste 4 Panzer und 1 Artilleriegeschütz.

Wie auch im momentan stattfindenden Krieg dienten die Bombardierungen auch der Erprobung neuentwickelter Waffentechnologien. Welche Waffen wirklich zum Einsatz gelangten, ist umstritten. Belegt ist der Einsatz von Napalm-, Druck- und Streubomben.

Verschiedene Zeitungen berichteten während dem Krieg auch von Massakern an irakischen Soldaten. So gibt es Berichte darüber, dass irakische Schützengräben mit den darin befindenden verletzten oder noch feuernden Soldaten durch Bulldozer mit Sand zugeschüttet wurden. Sicher ist, dass auch sich aus Kuwait zurückziehende Truppen massiv durch Panzer- und nächtliche Helikoptereinsätze angegriffen wurden.

Angriffe gegen zivile Ziele

Bereits in den ersten Tagen der Angriffe wurde offensichtlich, dass die Bombardierung der Ziele im Irak wenig zu tun hatte mit der Vertreibung der irakischen Soldaten aus Kuwait. Der Irak sollte durch die Zerstörung lebenswichtiger Anlagen und Versorgungseinrichtungen in die Knie gezwungen werden sollen – in allen gesellschaftlichen Bereichen. Durch nichts anderes lässt sich die Bombardierung von Nachrichtenverbindungen, Ölförderanlagen, Kraftwerken, Staudämmen und Verkehrsknotenpunkten erklären. Auch 28 zivile Krankenhäuser und 52 Gesundheitshäuser wurden von Bomben getroffen. Neben der Bombardierung des Luftschutzbunkers von Amariyah, bei dem nach Angaben des Gulf Peace Teams über 1400 ZivilistInnen durch zwei Bomben getötet wurden, betraf das wohl schwerwiegendste Kriegsverbrechen, welches den Truppen der USA und ihren Alliierten angelastet werden muss, die Zerstörung der Wasseraufbereitungsanlagen. Wie Professor Thomas Nagy von der Universität in Washington anhand lange geheim gehaltener Pentagon-Dokumente nachwies, war die Zerstörung der Wasseraufbereitungsanlagen ein strategisches Ziel zur Demoralisierung der irakischen Zivilbevölkerung – ein Vorgehen, welches nicht



nur Strategieexperten wie Albert A. Stahel als «Genozid» bezeichnen.

Die Bombardierungen kosteten gegen 40 000 irakischen ZivilistInnen direkt das Leben. Indirekt wurden durch die Bombardierung ziviler Infrastruktur wie der Wasseranlagen weitere 100 000 IrakerInnen getötet. Das Kinderhilfswerk Unicef schätzte im Dezember 2001, dass bis zum ersten Jahrestages der Bombardierungen über 87 000 Kinder als unmittelbare Folge der Bombardierungen sterben würden. Schliesslich zeitigten die UN-Sanktionen nicht zuletzt deshalb so katastrophale Folgen, weil die zivile Infrastruktur durch die Bombardierungen massiv beschädigt worden war.

In diesen Tagen wird, und dies zu Recht, rege über die Koordination humanitärer Hilfe zur Linderung der Folgen nach einem Ende des Krieges diskutiert. Der Rückblick auf den Krieg im Jahre 1991 macht aber einmal mehr deutlich, dass es die wichtigste humanitäre Anstrengung sein muss, den laufenden Krieg zu stoppen – und nicht das Ende der Bombardierungen abzuwarten.

* Stefan Luzi ist Sekretär der GSoA
Quellen: «Wüstensturm» von Ramsey Clark (Lamuv Verlag, Göttingen 1993) und Datensammlung der Uni Kassel (<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/irak/>).
Pentagon-Bericht über die Zerstörung der Wasseraufbereitungsanlagen im Irak: http://www.gulfink.osd.mil/declassdocs/dia/19950901/950901_511rept_91.html

Wie man einen Krieg vorbereitet ...

In den Flugverbotszonen im Süden und Norden Iraks wurde der Krieg vorbereitet – ohne Rücksicht auf diejenigen, die man zu schützen vorgab.

Von Martin Parpan*

Als die Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren liefen, wurden in den irakischen Flugverbotszonen militärische und zivile Einrichtungen fast täglich von amerikanischen und britischen Flugzeugen bombardiert. Sowohl die Einrichtung der Flugverbotszonen als auch die Bombardierungen waren und sind eindeutig völkerrechtswidrig. Die Flugverbotszonen wurden nach dem Golfkrieg 1991 durch die USA, Grossbritannien und Frankreich – angeblich als Schutzmassnahmen für die Kurden bzw. Schiiten – eingerichtet. Das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades bzw. südlich des 33. Breitengrades wurde damals zum Sperrgebiet für irakische Flugzeuge erklärt. Der Schritt kam allerdings nicht durch eine Entscheidung des Weltsicherheitsrates zu Stande, sondern wird mit der UNO-Resolution 688 be-

gründet. Darin verurteilte der Sicherheitsrat die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung, besonders auch der Kurden, und verlangte vom Irak deren Einstellung. Aus dieser Formulierung nun die Berechtigung für die Einrichtung von Flugverbotszonen abzuleiten, wie dies die USA und ihre Verbündeten taten, ist eine von Eigeninteressen gesteuerte Manipulation des Völkerrechts. Über diesen Punkt herrscht bei Völkerrechtlern weitgehend Einigkeit. Die Bombardierungen wurden seitens der Amerikaner und Briten mit dem Schutz ihrer eigenen Piloten vor irakischen Angriffen begründet. Es sei ein «Akt der Selbstverteidigung», wurde in Washington und London argumentiert, da irakische Bodenstationen ihr Zielradar auf die britischen und amerikanischen Flugzeuge richteten. Am besten geschützt wären die Piloten zweifellos gewesen, wenn sie die Bombardierungen erst gar nicht durchgeführt hätten. Der UNO-Sicherheitsrat hat in seinen knapp 70 Resolutionen und Entschliessungen nie ein Mandat für diese militärischen Massnahmen mit tödlichen Folgen auch für ZivilistInnen erteilt. Frankreich, Russland und China haben auf die feh-

lenden Grundlagen für dieses Vorgehen immer wieder aufmerksam gemacht. Allerdings fehlte die Entschlossenheit und der nötige Druck; Frankreich beteiligte sich anfänglich gar an der Überwachung der Flugverbotszonen, zog sich aufgrund der Intensivierung der amerikanisch-britischen Luftangriffe dann aber zurück.

«Operative» Kriegsvorbereitung

Die Flugverbotszonen waren wichtige Elemente in den britisch-amerikanischen Vorbereitungen für den momentan stattfindenden Krieg. Zivile Infrastruktur, wie der Passagierflughafen in Basra wurde (im Dezember 2002) im Hinblick auf eine allfällige militärische Nutzung durch den Irak vorgängig zerstört. Es ging darum, die «optimalsten» Ausgangsbedingungen für einen Krieg zu schaffen. Auch ausserhalb der Flugverbotszonen, wie etwa in der Zentralzone um Bagdad, fielen immer häufiger Bomben.

Wie wichtig der Schutz der irakischen Zivilbevölkerung in den Flugverbotszonen den Amerikanern während den Kriegsvorbereitungen wirklich war, zeigte sich in aller Deutlich-

keit bei den Verhandlungen um eine Stationierung von Truppen auf türkischem Staatsgebiet. Der türkischen Regierung wurde neben den 30 Milliarden Finanzhilfe auch eine «Machtposition» im Nachkriegs-Irak versprochen. Dieses Versprechen trug dem türkischen Anliegen Rechnung, die Errichtung eines Kurdenstaates zu verhindern. Es ist bekannt, dass es in den Köpfen der türkischen Generäle in der Kurdenfrage nur eine militärische Lösung gibt. Die Kurden scheinen also so lange «schützenswert», wie sie sich mit den strategischen Interessen der US-Regierung decken. Gegen den Einmarsch türkischer Truppen im Nordirak wehrten sich die USA bloss mit lauwarmen Äusserungen. Im Süden setzen die Amerikaner vor allem deshalb auf die Schiiten, weil man hofft, bei ihnen auf weniger Widerstand zu stossen. Die Schiiten gelten nicht erst seit ihrem Aufstand im Jahre 1991, bei dem sie von den Alliierten allerdings alleine gelassen wurden, als feindlich gegenüber Hussein eingestellt. Ob die Schiiten einer amerikanischen Militärregierung mehr Wohlwollen entgegenbringen würden, ist allerdings höchst fraglich.

* Martin Parpan ist GSoA-Aktivist

«Mit eigenen Augen sehen»

KriegsgegnerInnen aus der ganzen Welt reisten in den Irak, um auf unterschiedliche Weise ihre Solidarität mit der dortigen Zivilbevölkerung und ihre Ablehnung des angedrohten Krieges gegen den Irak auszudrücken. Wir sprachen vor dem Krieg mit zwei Vertreterinnen von Menschenrechts- und Friedensorganisationen.

Von Barbara Müller für FrauenStimmen gegen den Krieg*

Was waren eure Beweggründe, um an einer Irakdelegation teilzunehmen?

Anna: Ich hatte das Bedürfnis, die Situation im Irak mit eigenen Augen zu sehen. Ich bin zutiefst misstrauisch gegenüber den Informationen, die wir von der Regierung und der nationalen Presse in den USA erhalten. Ich engagierte mich gegen den Golfkrieg 1991 und fühle mich moralisch verpflichtet, auch gegen den neuen Krieg gegen den Irak einzustehen. Ich wollte Geschichten und Erfahrungen aus dem Irak in die USA bringen, um sie zu Hause mit Menschen in unseren Gemeinden zu teilen.

Rim: Ich reiste in den Irak, weil ich mir selber vor Ort ein Bild machen wollte, denn ich traue den europäischen Medien nicht. Ausserdem wollte ich ein Zeichen setzen, dass auch wir KurdInnen gegen diesen Krieg sind. Unsere Zeitungen schreiben nur darüber, dass die kurdischen Politiker für einen Krieg sind, doch Tatsache ist, dass 80% der kurdischen Bevölkerung dagegen ist.

Was kann mit einer solchen Delegation erreicht werden?

Rim: Wir können in unserem Umfeld über unsere Eindrücke im Irak berichten und wir können hier die Wahrheit darüber erzählen, was dort eigentlich los ist: Wie die Situation der Bevölkerung des Iraks ist und was das Embargo und der drohende Krieg für sie bedeuten.

Anna: Iraq Peace Team (IPT) war eigentlich eine Organisation, die sich in den USA in der lokalen Friedensbewegung engagierte. Viele Leute von IPT sind nun aber im Irak geblieben und werden unbeschränkt weiterarbeiten, auch wenn der Krieg losgeht, um als Friedensstimme aus dem Irak zu informieren. Ich bin zurückgekehrt, um zu Hause in den USA mit der Friedensarbeit weiter zu machen.

Nun gibt es ja auch die Humanshield-Aktionen, also Leute, die als menschliche Schutzschilder in den Irak reisen. Was können solche Aktionen erreichen?

Rim: Ich bin skeptisch. Ich habe die Humanshield-AktivistInnen im Irak gesehen, sie sind sehr entschlossen und machen viel, aber wie weit das eine Unterstützung in Richtung Frieden ist – ich weiss es nicht.

Anna: Wenn ich von aussen die Arbeit der Humanshields betrachte, denk ich ganz persönlich, dass diese Form von Widerstand, wenn sie gut organisiert ist, eine wichtige neue Methode sein könnte. Es ist eine beeindruckende Art, gegen den Krieg einzustehen. IPT als Organisation ist es aber wichtig, keine Humanshield-Organisation zu sein, weil der Begriff «menschliches Schutzschild» ein militärischer Begriff ist und uns nicht wohl ist mit diesem Label. Niemand kann Gewehr- und Bomben stoppen, wenn sie einmal losgeschickt wurden. Grundsätzlich spricht eine grosse Präsenz von Friedensgruppen im Irak eine ganz konkrete Sprache.

Es wird argumentiert, dass solche Aktionen vor allem Saddam Hussein für Propagandazwecke nützen. Wie schätzt ihr das ein?

Anna: Das ist wirklich eine Frage. Sowohl für IPT als auch für die HS ist dies eine schwierige Gratwanderung. Einerseits lehnen wir die Politik der Regierungen der USA und Grossbritanniens ab und arbeiten mit dem irakischen Staat zusammen (es gibt keinen anderen Weg); andererseits sind wir auch gegen die Vorgehensweisen von Saddam Hussein und geben ihm keine Carte blanche.

Rim: Wenn die Regierung uns als Propaganda nutzt, kann man das nicht verhindern. Ich bin aber nicht zu Propagandazwecken hingefahren, sondern, um die Situation der Bevölkerung, der Frauen und Kinder kennen zu lernen. Ich habe zum Beispiel beobachtet, dass in Bagdad sehr wenig Frauen auf der Strasse sind. Auf hundert Männer kommen vielleicht eine oder zwei Frauen. Der Irak war ein sehr entwickeltes Land bis 1970. Und jetzt fragt man sich, wo sind die Frauen? Zwar sieht alles friedlich aus, aber viele Frauen haben zu gewissen Zeiten Angst rauszugehen. Sie haben sogar Angst vor ihren NachbarInnen.

Was habt ihr im Irak konkret getan, wen habt ihr besucht?

Anna: IPT hat einen sehr dichten Stundenplan. Im Zentrum stehen Aktionen, die uns Informationen für unsere Friedensarbeit in den USA liefern, für Mahnwachen, Kundgebungen und Demos. Wir besuchten Familien, Spitäler, Schulen, Universitäten und Hilfsorganisationen. Wir starteten z.B. ein Beschäftigungsprogramm für Kinder im Al Monsour Spital. Neben Kultur- und Bildungsveranstaltungen versuchten wir auch, in Gegenden nördlich und südlich von Bagdad zu gelangen.

Rim: Wir haben den Anschlussflug nach Bagdad verpasst und mussten deshalb diese Reise mit dem Bus machen. 1000 km quer durchs ganze Land. Das war sehr anstrengend, aber auch sehenswert.

In Bagdad haben wir die UNDP besucht, die dort Entwicklungsprojekte für Frauen durchführt. Wir waren in einer Schule in Saddam City, einem der ärmsten Viertel in Bagdad, in einem Teppichbetrieb, wo etwa zu 50% Frauen arbeiten, in einem Spital und in einer Wasserstation. In Bashra haben wir das «Mutter und Kind»-Krankenhaus besucht. Mangels Medikamenten sind dort zwischen 1. Januar und 21. Februar 100 Kinder an heilbaren Krankheiten gestorben.

Wer sind eure Partnerorganisationen im Irak? Wer hat eure Reise vor Ort koordiniert?

Rim: Während der ganzen Reise hat uns jemand der staatlichen «Abteilung für Freundschaft und Frieden» begleitet. Wir sagten, welche Orte wir besuchen wollten, und das wurde dann von dieser Person organisiert. Abgesehen davon hatten wir keinen Kontakt zur irakischen Regierung.

Anna: IPT hat seit seiner Gründung 1996 Arbeitsbeziehungen zu Menschen aus der Regierung und aus der Zivilbevölkerung. Als IPT begann, grössere Gruppen ins Land zu bringen, arbeiteten wir zwangsläufig mit der irakischen Regierung zusammen. Die Übersetzer der Regierung fungieren dabei häufig als Aufpasser. Wir arbeiten auch mit andern ausländischen Friedensgruppen, wie Christian Peacemaker Teams oder Women In Pink (eine Gruppe, die absichtlich in Rosa auftritt, um sich abzusetzen und diese Farbe, die häufig dienende Frauen tragen, umzudeuten).

Wie reagiert die irakische Bevölkerung auf die internationale Präsenz?

Rim: Sehr gut. Es war aber spürbar, dass die Leute nicht ganz offen mit uns sprachen, wenn wir in Begleitung des irakischen Regierungsvertreters waren. So sagten sie z.B. sie hätten keine Angst vor dem Krieg. Die irakische Bevölkerung ist unter Druck, und die Leute antworteten uns aus Angst nicht immer



ehrlich. Die Gespräche wurden in Englisch geführt, doch da ich arabisch spreche, hatte ich nochmals einen ganz anderen Zugang zu den Menschen.

Anna: Die Reaktionen waren überwältigend positiv. Alle IPT-Leute erhalten ein «magisches Blatt», das unsere Mission auf arabisch erklärt. Wir geben dieses Blatt unterwegs häufig ab und es erntet immer ein breites Lächeln.

Was war euer eindrücklichstes Erlebnis im Irak?

Anna: Da gab es viele... die wunderbaren Moscheen, die unglaubliche Gastfreundschaft des irakischen Volkes, die Reise nach Safwan zum Grabfeld mit den ausgebrannten, mit angereichertem Uran verseuchten Panzern und Armeefahrzeugen; dann die Kinder in den Spitälern, die Familienbesuche, die Witze mit den Aufpassern (auch sie sind schliesslich Menschen), der Besuch auf einer Dattel-Farm, wo wir Orangen direkt vom Baum pflücken konnten. Und vor allem die Begegnungen mit den internationalen FriedensarbeiterInnen überall, sehr feine, wundervolle Leute.

Rim: Ein eindrückliches Erlebnis, das ich hatte, war ein Treffen mit einer irakischen Frau, die 1936 geboren wurde und in den 60er-Jahren in Westdeutschland studierte. Diese Frau war sehr offen und ehrlich. Sie hat von ihrer Angst gesprochen und davon, dass die Bevölkerung weder die jetzige Regierung, noch den Krieg, noch die Amerikaner wolle.

Schlimm war, ein 15 Monate altes Baby zu sehen, das bereits im Koma lag und zu wissen, dass es am selben oder am nächsten Tag an einer Krankheit sterben würde, die mit den entsprechenden Medikamenten heilbar wäre.

Was müssten eurer Meinung nach für Schritte unternommen werden, um den Krieg auf eine gewaltfreie Art zu deeskalieren?

Rim: Als erstes muss man versuchen, diesen Krieg zu verhindern. Dann muss man die irakische Opposition darin unterstützen, zu einer vernünftigen Regelung zu kommen. Die Bevölkerung muss selber für sich entscheiden können. Es ist einfach für uns, das zu sagen, aber ich denke, es gibt im Irak genug kluge Köpfe, die fähig sind, eine Lösung für dieses Land und seine Menschen zu finden.

Anna: Diplomatie, Diplomatie und noch einmal Diplomatie, was die Regierungen der USA und Grossbritanniens ganz vergessen zu haben scheinen. Die wirtschaftlichen Sanktionen müssen von den militärischen getrennt und aufgehoben werden. Weiter braucht es unparteiische Interventionen durch eine Drittpartei. Die Waffeninspektoren müssen ohne Druck ihre Arbeit durchführen können und gleichzeitig sollten die Irakis einen echten Grund zur Abrüstung erhalten: Bei einem positiven Resultat werden die Beziehungen normalisiert. Der Druck bezüglich der Menschenrechtssituation muss bleiben, sowohl im Irak, wie auch in zahlreichen anderen Ländern.

Die Friedensaktivistinnen

Anna Bachmann war von Mitte Januar bis Mitte Februar mit einer Delegation des US-amerikanischen Iraq Peace Team (IPT) unterwegs. IPT ist ein Projekt von Voices in the Wilderness, das 1996 von Kathy Kelly, einer Friedensaktivistin aus Chicago, gegründet wurde, um die Sanktionen der UNO zu bekämpfen.

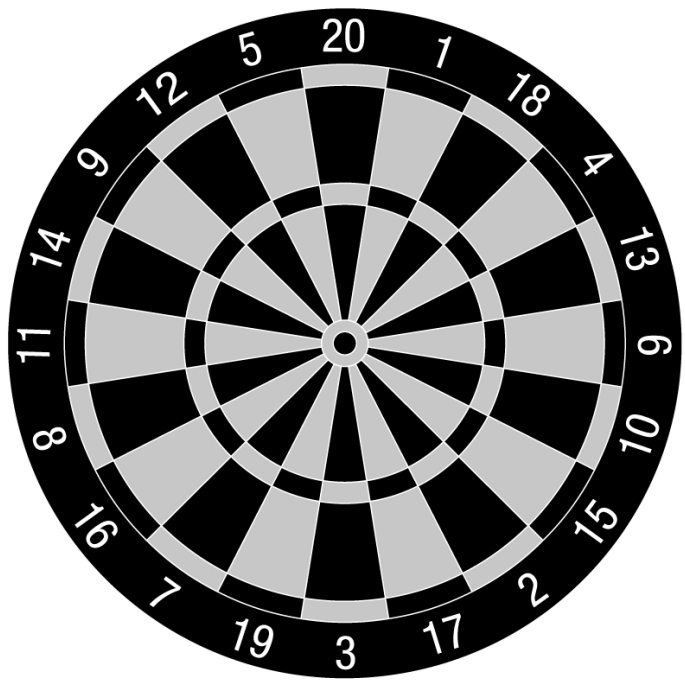
Rim Farha ist als syrische Kurdin in Damaskus geboren und lebt in Berlin. Sie ist Mitglied des PDS-Vorstandes und migrationspolitische Sprecherin. Vom 16. bis 22. Februar war sie auf einer von der deutschen Initiative gegen das Irakembargo organisierten Delegationsreise im Irak.

In die Schlagzeilen geraten sind hierzulande vor allem die Humans-

hields (menschliche Schutzschilder), die mit internationaler Präsenz die Bombardierung ziviler Ziele verhindern wollen. Initiiert wurde die Aktion von einem US-Amerikaner, der 1991 als 20-jähriger selber im Golfkrieg kämpfte. Umstritten sind die Humanshields, weil ihnen vorgeworfen wird, sich für Regierungsinteressen instrumentalieren zu lassen und vor allem Wassertanks und Ölraffinerien zu schützen, anstatt Spitäler und Schulen.

Neben Humanshield-Aktionen gibt es Beobachtungsdelegationen von Menschenrechts- oder Friedensorganisationen, deren Hauptziel es ist, in ihren Herkunftsländern Sensibilisierungs- und Informationsarbeit zu leisten.

* FrauenStimmen gegen den Krieg wird unterstützt von der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, FemCo, Frauen für den Frieden Zürich, FrauenLesbenKasama und Einzelfrauen. Seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan organisiert die Gruppe offene Diskussionen und Veranstaltungen für Frauen.



Die Welt ist keine Scheibe.

**PLAKATE
GEGEN
DEN KRIEG**

Appeasement-Lüge

«Der Vergleich zu München wäre nur angebracht, wenn die Kriegsgegner argumentieren würden, man müsse Saddam zur Beruhigung noch Kuwait überlassen. Doch niemand vertritt solche Meinungen. Mit dem München-Vergleich wird also wieder einmal politischer Missbrauch betrieben.» (Fritz Stern, emeritierter Prof. für europäische Geschichte, Columbia University NY, NZZ 17. 3. 2003)

Von Josef Lang*

Die Kriegswilligen und ihre organischen Intellektuellen behaupten, wir KriegsgegnerInnen würden ähnlich denken und handeln wie die britischen und französischen Regierungen, die 1933 bis 1939 Hitler gewähren liessen, ihm an der Münchner Konferenz vom September 1938 sogar einen Teil der Tschechoslowakei zusprachen. Diese Unterstellung ist aus verschiedenen Gründen absurd. Und sie fällt auf deren AutorInnen zurück.

Erstens verharmlost der Vergleich die Macht, welche Nazi-Deutschland spätestens ab 1936 besass. Der Zürcher Geschichtswissenschaftler Jörg Fisch brachte es kürzlich in der Weltwoche (11/03) auf den Punkt: «Während der Irak immer schwächer wird, bedeutete das Nicht-handeln Frankreichs und Grossbritanniens damals, dass Deutschland im Vergleich zu ihnen täglich stärker wurde. Die Machtdifferenz zwischen den beiden Parteien war selbst 1933 unvergleichlich viel geringer als 1990 zwischen dem Irak und den USA, ganz zu schweigen von 2003.»

Zweitens verharmlost der Vergleich die Nazis überhaupt, und zwar sowohl deren militaristischen Expansionismus wie auch deren Rassenantisemitismus. Wie gefährlich Saddam Hussein für die Region und für die Opposition, vor allem die kommunistische, und die Minderheiten, vor allem die KurdInnen, war, bewies er am verheerendsten in jenen Jahren, als er von den USA unterstützt wurde. Wer den orientalischen Tyrannen aber mit Hitler gleichsetzt, der relativiert die Verbrechen des Letzteren, insbesondere den Holocaust.

Drittens waren die rechten Appeasement-

Politiker gleichgültig gegenüber völkerrechtlichen Grundsätzen – ähnlich wie die heutigen Kriegswilligen. Wir KriegsgegnerInnen vertreten die Haltung, die der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt – gegen den erbitterten Widerstand der einheimischen Reaktion – nach der Besetzung der Tschechoslowakei vor dem Kongress äusserte: Eine «Demokratie» könne der «internationalen Gesetzlosigkeit» gegenüber «nicht indifferent» bleiben. In diesem Sinn wurde Roosevelt zu einem der Gründerväter der von Bush schwer verletzten Vereinten Nationen.

Viertens stehen die meisten heutigen US-Falken in der Tradition jener rechtsrepublikanisch geprägten «America First»-Bewegung, deren prominentester Sprecher der nazifreundliche und antisemitische Ozeanflieger Charles Lindbergh war. Sie waren die hartnäckigsten Widersacher gegen Roosevelts Bestrebungen, eine globale antifaschistische Allianz aufzubauen und jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Noch in den 1970er Jahren währten die «America-First»-Veteranen hinter den Bürgerrechts- und Antikriegs-Aktivitäten «organisierte Juden». (Das aktuelle Zusammenspannen von Erben des klassischen amerikanischen Antisemitismus mit Vertretern des rechten Likud-Zionismus ist eine andere Geschichte.)

Fünftens waren es die gleichen Reaktionäre, in deren Tradition die kriegerischen Konservativen, insbesondere die rechtsreligiösen, stehen, welche in der entscheidendsten Auseinandersetzung zwischen 1933 und 1939, im Spanischen Bürgerkrieg, auf der Seite der pro-nazistischen Franquisten standen. Es ist hochsymbolisch, dass mit José Maria Aznar ein Postfranquist der Kriegs-Troika angehört.

Es sind also nicht die Kriegswilligen, sondern die Friedensbewegten, welche in den USA und in Europa mit jenen Kräften am engsten verbunden sind, welche sich in den 1930er Jahren gegen die Nazis und gegen die rechte Anpasserpolitik gewehrt haben. Die Appeasement-Unterstellung ist ein Ablenkungsmanöver von der richtigen Frage. Und die lautet in den Worten von Jörg Fisch nicht «Wie lange können wir den Irak noch angreifen, bevor das Risiko für uns zu gross wird?», sondern vielmehr «Wie lange können wir noch angreifen, bevor kein Risiko mehr gegeben ist?»

*Josef Lang ist Historiker, Kantonsrat der Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA) Zug und Mitglied der GSaA-Koordination.

«Unverantwortlich, abscheulich, schamlos»

In einer bemerkenswert scharfen Rede verurteilte US-Senator Robert C. Byrd die Doktrin vorbeugender Kriegführung. Widerstand gegen die Irak-Politik des Präsidenten gab es im US-Kongress lange kaum. Im Februar hat mit Byrd einer der prominentesten Senatoren die große Koalition des Schweigens verlassen. Ungewöhnlich offen attackierte der 85 Jahre alte Politiker seine Kollegen und George W. Bush. Wir dokumentieren Auszüge seiner Rede vom 12. Februar 2003.

Von US-Senator Robert C. Byrd

«Wer einen Krieg erwägt, muss über eine der schrecklichsten menschlichen Erfahrungen nachdenken. An diesem Februartag, an dem die Nation einer kriegerischen Auseinandersetzung entgegen sieht, sollte jeder Amerikaner über die Schrecken eines Krieges nachdenken.

Dieser Senat allerdings schweigt. Es ist schon merkwürdig und bedrückend, dass die meisten Senatoren sich nicht äussern. Es gibt keine Debatte, es gibt keinen Versuch, vor der Nation die Vor- und Nachteile dieses besonderen Krieges darzulegen. Es gibt nichts.

Hier im Senat der Vereinigten Staaten bleiben wir passiv und stumm, paralysiert von unserer eigenen Unsicherheit, offenbar beeindruckt von der Flut der Ereignisse. Nur auf den Kommentarseiten unserer Zeitungen gibt es noch eine substanzielle Diskussion über die Weisheit beziehungsweise Dummheit, in diesen besonderen Krieg zu marschieren.

Hier geht es nicht um eine unbedeutende Angelegenheit. Hier geht es nicht um den Versuch, einen Schurken loszuwerden. Nein. Diese Schlacht, wenn sie denn kommt, repräsentiert einen Wendepunkt in der amerikanischen Aussenpolitik und vielleicht sogar in der jüngeren Geschichte dieser Welt.

Diese Nation ist dabei, sich auf einen ersten Test einer revolutionären Doktrin einzulassen, die auf ungewöhnliche Weise und zu einem ungünstigen Zeitpunkt angewendet werden soll. Die Doktrin vorbeugender Kriegführung, diese Idee, dass die Vereinigten Staaten – oder irgendeine andere Nation – das Recht haben, einen Staat anzugreifen, der nicht unmittelbar eine Bedrohung darstellt, aber in der Zukunft bedrohlich sein könnte, ist eine radikale neue Wendung der traditionellen Idee der Selbstverteidigung. Diese Doktrin steht im Gegensatz zum Völkerrecht und zur Charta der Vereinten Nationen. Sie wird nun in einer Zeit des weltweiten Terrorismus getestet, und viele Länder dieser Erde fragen sich, ob sie bald auf unserer oder jemand anderes Hitliste stehen.

Vor kurzem haben sich hochrangige Regierungsvertreter geweigert, Nuklearwaffen von der Tagesordnung zu nehmen, als sie einen möglichen Angriff auf den Irak diskutierten. Was könnte destabilisierender und dümmlicher sein, als auf diese Weise Unsicherheit zu verbreiten, besonders in einer Welt, in der die Globalisierung dafür gesorgt hat, dass die vitalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen vieler Nationen so eng miteinander verknüpft sind? Mittlerweile hat es in unseren langjährigen Allianzen erhebliche Brüche gegeben, und über die wahren Absichten der Vereinigten Staaten wird weltweit heftig spekuliert. Anti-Amerikanismus, der auf Misstrauen, falschen Informationen,

Verdächtigungen und einer alarmierenden Rhetorik führender US-Politiker beruht, untergräbt die ehemalige feste Allianz gegen den globalen Terrorismus, wie sie nach dem 11. September existierte.

Bei uns im Land werden die Menschen ohne irgendwelche detaillierte Informationen vor drohenden terroristischen Anschlägen gewarnt. Familienmitglieder werden zum Militärdienst herangezogen, ohne jeden Hinweis auf die Länge ihres Dienstes und auf die Schrecken, die sie zu erwarten haben. Mittlerweile gibt es Gemeinden, in denen Polizei und Feuerwehr nicht mehr hinreichend vertreten sind. Andere kommunale Dienste sind ebenfalls unterbesetzt. Die Stimmung der Nation ist düster. Die Wirtschaft stagniert. Die Benzinpreise steigen und steigen.

Diese Regierung, seit zwei Jahren im Amt, muss nach ihren Taten beurteilt werden. Ich glaube, dass ihre Bilanz sehr schlecht ausfällt. In zwei Jahren hat die Regierung einen für das kommende Jahrzehnt ursprünglich auf 5,6 Billionen Dollar bezifferten Haushaltsüberschuss in unabsehbare Defizite verwandelt. Die Haushaltspolitik dieser Administration hat die finanzielle Lage unserer Bundesstaaten erheblich verschlechtert und dazu geführt, dass wichtige Programme nicht mehr hinreichend finanziert werden können.

In der Aussenpolitik hat diese Administration die geduldige Kunst der Diplomatie in eine reine Droh- und Verleumdungspolitik verwandelt, die Intelligenz und Rücksicht vermissen lässt und auf längere Sicht Folgen haben wird. Wenn die Führer anderer Nationen als Zwerge, wenn andere Länder insgesamt als böse und wenn mächtige europäische Verbündete als irrelevant bezeichnet werden, dann werden solche Rücksichtslosigkeiten für unsere grosse Nation nichts Gutes bedeuten.

In der kurzen Zeitspanne von nur zwei Jahren hat diese unverantwortliche und arrogante Administration eine langfristig verheerende Politik initiiert. Man kann die Wut und den Schock des Präsidenten nach dem 11. September verstehen. Man kann die Frustration nachvollziehen, die entsteht, wenn man nur einen Schatten, einen amorphen Feind verfolgen und kaum zur Verantwortung ziehen kann. Aber die eigene Frustration und Wut in dieses extrem destabilisierende und gefährliche Debakel der Aussenpolitik zu verwandeln, dessen Zeuge die Welt gegenwärtig ist, das ist unentschuldig für jede Regierung, die so viel Macht hat und die Verantwortung trägt für das Schicksal der grössten Supermacht auf diesem Planeten. Offen gesagt, die Erklärungen dieser Administration sind abscheulich und schamlos. Es gibt keine anderen Worte.»

Übersetzung aus dem Englischen: Hans Thie (erstmalig erschienen in der Wochenzeitung «Freitag»)

«Ich verliere die Geduld mit meinem Nachbarn, Mr. Bush»



Ein offener Brief des Monty Python-Satirikers Terry Jones*

Ich bin ganz aufgeregt von George W. Bushs letzter Begründung für einen Irak-Krieg: Er hat seine Geduld verloren. Und ich auch!

Seit einiger Zeit rege ich mich wirklich auf über Mr. Johnson, der ein paar Häuser weiter in meiner Strasse wohnt. Nun, über ihn und Mr. Patel, der das Reformhaus führt. Sie sehen mich schief an, und ich bin sicher, dass Mr. Johnson etwas Böses im Schilde führt, aber bis jetzt konnte ich nicht herausfinden, was.

Ich war ein paar mal bei ihm, um zu sehen, was er macht, aber er hat alles sehr gut versteckt. So verschlagen ist er.

Was Mr. Patel betrifft, und fragen Sie mich nicht, woher ich es weiss, ich weiss es einfach – aus sehr guten Quellen – dass er in Wirklichkeit ein Massenmörder ist. Ich habe Flugblätter auf der Strasse verteilt, dass er uns, wenn wir nicht als erste handeln, einen nach dem anderen abmurksen wird.

Manche meiner Nachbarn sagen, wenn du Beweise hast, wieso gehst du dann nicht zur Polizei? Aber das ist doch einfach lächerlich. Die Polizei wird sagen, sie braucht Beweise für ein Verbrechen, für das sie meine Nachbarn anklagen können.

Die werden herumphilosophieren über Pro und Contra eines Präventivschlages. Und währenddessen wird Mr. Johnson seine Pläne fertigstellen, mir furchtbare Dinge anzutun, während Mr. Patel heimlich Menschen umbringen wird. Da ich der einzige in der Strasse bin, der ein halbwegs anständiges Sortiment an automatischen Schusswaffen hat, vermute ich, dass es mein Job sein wird, für Frieden zu sorgen. Aber bis vor kurzem war das etwas schwierig. Jetzt aber hat George W. Bush deutlich gemacht, dass ich nur die Geduld verlieren muss, dann kann ich hineingehen und machen, was ich will!

Machen wir uns nichts vor, Mr. Bushs sorgfältig durchdachte Politik gegenüber dem Irak ist der einzige Weg, internationalen Frieden und Sicherheit zu erreichen. Der einzige Weg, um muslimisch-fundamentalistische Selbstmordattentäter davon abzuhalten, auf die USA und Grossbritannien loszugehen, ist es, ein paar muslimische Staaten zu bombardieren, die uns nie bedroht haben.

Deshalb will ich Mr. Johnsons Garage in die Luft jagen und seine Frau und Kinder umbringen. Greife zuerst an! Das wird ihm eine Lehre sein. Dann wird er uns in Frieden lassen und mich nicht mehr auf diese inakzeptable Art anlotzen.

Mr. Bush hat klar gemacht, alles was er wissen muss, bevor er den Irak angreifen lässt, ist,

dass Saddam ein wirklich garstiger Mann ist, und dass er Massenvernichtungswaffen hat – auch wenn keiner sie finden kann. Ich bin mir sicher, dass ich mindestens genauso viel Rechtfertigung habe, Mr. Johnsons Frau und Kinder umzubringen, wie Mr. Bush, um den Irak zu bombardieren.

Mr. Bushs langfristiges Ziel ist es, die Welt zu einem sichereren Ort zu machen, indem er «Schurkenstaaten» und «Terrorismus» eliminiert. Das ist so ein ausgeklügelter langfristiger Plan, weil man nie wissen kann, ob man das Ziel erreicht hat. Wie wird Mr. Bush je wissen, wann er den Terrorismus ausgelöscht hat? Wenn jeder einzelne Terrorist tot ist? Aber andererseits ist ein Terrorist nur ein Terrorist, wenn er eine terroristische Handlung verübt hat. Was ist mit denen, die Terroristen werden möchten? Das sind die, die man wirklich eliminieren sollte, denn die meisten bekannten Terroristen, als Selbstmordattentäter, haben sich ja bereits selbst eliminiert.

Vielleicht sollte Mr. Bush jeden potentiellen zukünftigen Terroristen auslöschen? Möglicherweise kann er nicht einmal sicher sein, dass er sein Ziel erreicht hat, bevor nicht jeder einzelne muslimische Fundamentalist tot ist? Aber es könnten ja einige gemässigte Muslime zum Fundamentalismus konvertieren. Vielleicht ist die einzige sichere Lösung für Mr. Bush, alle Muslime zu eliminieren.

Es ist dasselbe in meiner Strasse. Mr. Johnson und Mr. Patel sind nur die Spitze des Eisberges. Es gibt Dutzende anderer Leute in meiner Strasse, die ich nicht mag und die mich – offen gesagt – merkwürdig ansehen. Niemand wird richtig sicher sein bis ich sie alle ausgelöscht habe.

Meine Frau sagt, ich gehe ein bisschen zu weit, aber ich sage ihr, dass ich einfach die selbe Logik wie der Präsident der Vereinigten Staaten anwende. Das bringt sie zum Schweigen.

Wie Mr. Bush habe ich die Geduld verloren, und wenn das ein genügender Grund für einen Präsidenten ist, so ist er auch gut genug für mich. Ich werde meiner Strasse zwei Wochen – nein, zehn Tage – geben, um herauszukommen und alle Aliens und interplanetarischen Luftpiraten herauszurücken, galaktische Banditen und interstellare Terroristenführer, und wenn sie die nicht freundlich herausgeben und «Danke schön» sagen, dann werde ich die gesamte Strasse zusammenbomben.

Das ist genauso vernünftig wie das, was George W. Bush vorhat – und im Gegensatz zu dem, was er vorhat, wird meine Politik nur eine einzige Strasse zerstören.

* Quelle: www.greenpeace.at

«Wir sind das Volk»

Von Peter Stamm, Autor*

Ich will hier nicht für oder gegen einen Irakkrieg argumentieren. Ich bin kein Politiker und kein General. Ich war nie im Irak, weiss nichts über die Waffen, die das Land hat oder nicht hat, nichts über die Grösse der Ölreserven, um die es geht, nichts über die Schönheit des irakischen Volkes, um die es gehen sollte.

Wir haben die Informationen. Wir haben die Experten. Wir hören, was die Politiker sagen, lesen, was die Zeitungen schreiben. Wir wissen zu viel und zu wenig. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, aus den Informationen, die wir uns zusammenklauben, unsere eigene Kriegs- oder Friedenspolitik aufzustellen. Wir können uns diesen Krieg nicht erklären, wir wollen ihn nicht erklärt bekommen, und wir wollen nicht, dass er dem Irak erklärt wird.

«Wir sind das Volk.» Mit diesem einfachen Satz fielen vor vierzehn Jahren die Mauern zwischen Ost und West, ohne Blutvergiessen. Ein Satz, der nichts sagt, der keine politische Richtung hat. Er ist die Steigerungsform von jenem anderen berühmten Satz, den für einmal ein Politiker – Pontius Pilatus – sagte: «Ecce Homo». Seht, ein Mensch!

35 000 Menschen haben die Petition gegen den Irakkrieg unterschrieben, hunderttausende haben überall auf der Welt gegen diesen Krieg demonstriert. Sie haben Transparente getragen auf denen wer weiss was stand. Aber im Grunde war jede und jeder ihr oder sein eigenes Transparent, das sagte: Seht, ein Mensch!

Ich spreche hier nicht als Schriftsteller sondern als einer von vielen, die nicht mehr sagen als: Seht, ein Mensch! Ein Mensch, der keinen Krieg will, weder im Irak noch in Nordkorea noch irgendwo. Weil es in jedem Krieg nicht um die Herrscher geht sondern um die Menschen.

«Wir sind das Volk» hat zu lange geheissen: Wir sind die Ohnmächtigen. Es hat geheissen, wir sind das Kanonenhut, wir sind die, die getötet und geschändet werden, die hungern und frieren in den Kriegen, die wir nicht gewollt haben. Es ist Zeit, dass wir uns daran erinnern, was der Satz wirklich heisst. Er heisst: «Wir sind der Staat, wir haben die Macht.» Diese Macht gibt uns das Recht, unsere Politiker zu beauftragen, einen Krieg gegen den Irak in jeder Form abzulehnen und in keiner Form zu unterstützen.

Kein Volk ist oder war jemals für den Krieg. Selbst wenn es sich dazu verführen liess, irgendwelchen Führern nachzulaufen. Jedes Volk besteht aus einzelnen Menschen, die nicht sterben wollen für Ideen, für Öl oder den Stolz oder die Dummheit ihrer Politiker.

Wir sagen nicht viel, aber wir sagen es mit vielen Stimmen: Wir sind Menschen – nicht Schweizer, nicht Amerikaner oder Iraker – wir sind Menschen, die keinen Krieg wollen.

* Statement an der Pressekonferenz am 25. 2. 03 zur Einreichung der 35 000 Unterschriften der auch in «Kein Krieg» Nr. 2 abgedruckten Petition «Not In Our Name».

Die Taube

Von Franz Hohler*

Eine Taube flog über das Kriegsgebiet und wurde vom Rotorblatt eines Kampfhelikopters zerfetzt. Eine ihrer schönen weissen Federn schwebte in den Hof eines Hauses, wo sie von einem Kind aufgelesen wurde.

Kurz darauf mussten die Grosseltern und die Mutter mit dem Kind flüchten. «Wir nehmen nur das nötigste mit», sagte die Mutter, raffte ein paar Kleider zusammen und stopfte sie mit ihren Dokumenten und etwas Geld und Schmuck in einen Koffer, der Grossvater füllte zwei Flaschen mit Wasser, die Grossmutter packte das letzte Brot, einige Äpfel und eine Schokolade ein. Das Kind nahm die Feder mit.

*Diese Geschichte erzählte Franz Hohler an der Friedens-Demonstration in Zürich am 14. März 2003

Was bedeutet der Irak-Krieg für den Nahostkonflikt?

Arnold Hottinger ist freier Journalist und war langjähriger Nahost-Korrespondent der NZZ. Das Interview mit ihm wurde am 7. März 2003, also zwei Wochen vor Kriegsbeginn, geführt.

Interview von Martin Parpan*

Präsident Bush argumentiert in seiner Irak-Politik unter anderem mit dem Argument, dass ein Machtwechsel in Bagdad im gesamten nahen Osten Impulse in Richtung Demokratisierung geben könnte. Teilen Sie diese Meinung?

Ich meine, dass es nicht so laufen wird. Irak wird sehr schwer zu demokratisieren sein. Übrigens ist es nicht Bush, sondern die Leute hinter Bush, die diese Theorien ausbreiten. Es sind die neokonservativen amerikanischen Think Thanks und Minister wie Rumsfeld und Wolfowitz. Bush selbst hat nicht einmal solche Ideen. Die Demokratisierung ist keine praktikierbare Idee.

Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass ein Irak-Konflikt von Israel aus benutzt werden könnte, die Palästinenser aus dem Westjordanland zu vertreiben?

Das kommt sehr darauf an, wie der ganze Konflikt ablaufen wird. Ich glaube schon, dass es im Kopf der Likud-Leute, vor allem Sharon und seiner Teilhaber, ist, dass sie so etwas machen möchten, wenn sie die richtige Gelegenheit finden. Aber sie tasten ab. Wenn die Amerikaner wirklich anderweitig beschäftigt sind und die Wut auf die Araber immer zunimmt, weil eben diese Pläne mit der Demokratisierung nicht funktionieren, dann könnte der Moment kommen, wo sich Israel so etwas gegenüber den Amerikanern leisten könnte. Dann werden sie es tun. Aber die Israelis legen sich nicht fest, sie warten und tasten je nach Situation ab. In der Zwischenzeit halten sie die Palästinenser einfach auf dem Nullniveau oder unter dem Nullniveau betreffend deren Armut und Verfolgung. Somit können sie dann leicht handeln, wenn der richtige Moment kommt.

Wie schätzen Sie die Situation für das direkt betroffene Nachbarland Jordanien ein, wenn es nun tatsächlich zu dieser Situation, also dem sogenannten «Transfer» kommen würde?

Es würde Jordanien sicher tief durcheinander bringen. Es kommt darauf an, ob es einen Teil-«Transfer» oder einen vollständigen «Transfer» geben würde. Der vollständige «Transfer» ist ein Szenario, dass man sich eben gar nicht vorstellen kann. Wenn von den 2 Millionen Palästinensern nur schon 500 000 da rüber geschubst würden, käme Jordanien tief durcheinander.

Nun ist die Situation im Gaza-Streifen ja rein von seiner geografischen Lage her anders zu beurteilen. Wie würde sich die Politik Sharons entwickeln, wenn das Westjordanland weitgehend ohne palästinensische Bevölkerung wäre?

Ich nehme an, Gaza wäre der letzte Punkt, der «behandelt» werden würde. Im Gaza sind die Palästinenser sehr konzentriert und ziemlich machtlos. Es ist nicht viel Land zu gewinnen, wenn man die Palästinenser dort los wird. Es geht der israelischen Regierung um Land, Land ohne Leute. Es geht um die Westbank, wo es immer noch Gebiete gibt, die nicht so dicht bewohnt sind und die sich Israel aneignen könnte.

Mit dem weiteren Rechtsrutsch in der Regierung ist in Israel eine neue Situation entstanden. Wie wird sich Sharon in dieser neuen Koalition verhalten?

Ich glaube nicht anders als in der alten. Er wird seine eigene Politik fortsetzen und er wird sie immer verschleiern hinter den Sicherheitsargumenten. Er wird also weiter argumentieren, dass Israel Sicherheit braucht und deshalb müsse man draufschlagen. Das wird genau so weitergehen wie bis anhin. Die wirkliche Politik ist darauf ausgerichtet, sich irgendwann einmal möglichst weitgehend der Westbank zu bemächtigen. Legitimiert wird es wie gesagt mit Sicherheitsargumenten.

Im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt sprach Bush erneut von einem palästinensischen Staat. Sehen Sie das als eine Propagandamassnahme, die darauf abzielt, die arabische Welt zu «kaufen» oder geht es da wirklich um die Vision eines palästinensischen Staates?

Es sind nicht nur die Palästinenser, die den Staat wollen, sondern auch die Europäer. Selbst Blair weist immer wieder darauf hin, dass man etwas tun müsste für die Palästinenser. Einfach um den guten Willen der Araber zu erreichen und um irgendwie glaubhaft zu machen, dass man eine andere Ordnung im nahen Osten einrichten will. Darauf geht Bush propagandistisch ein. Aber es braucht dann nur wieder einen Besuch von Sharon oder eine Untat, wie ein Terroranschlag seitens palästinensischer Extremisten, um das Ganze wieder zum Kippen zu bringen. Das haben wir ja mehrmals erlebt. Bush spricht von einem palästinensischen Staat, einmal sagte er gar, Arafat solle doch Chef bleiben. Dann kommt Sharon auf Besuch, und er ändert seine Meinung von neuem.

In Ägypten haben grosse Demonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg stattgefunden. Wie müssen wir das verstehen: Sind diese Demonstrationen organisiert, sind sie lediglich toleriert oder gar gewollt?

Ich glaube nicht, dass sie gewollt sind, aber vielleicht einigermassen toleriert. Die Situation ist sehr labil, und es ist Mubarak jedenfalls nicht wert, da nun drauf zu schlagen. Grundsätzlich muss man sagen, dass Bevölkerung und Regierung nicht einer Meinung sind. Die Regierung sieht, dass sie sich den Amerikanern anpassen muss bis zu einem gewissen Grad. Sie hängt auch wirtschaftlich von ihnen ab. Die Bevölkerung ist in Sympathie mit der arabischen Sache, so wie sie diese versteht. In erster Linie mit den Palästinensern und in zweiter Linie auch mit der irakischen Bevölkerung.

* Martin Parpan ist GSoA-Aktivist. Von Arnold Hottinger erschien 2000 im Schöningh Verlag das Buch «Gottesstaaten und Machtpyramiden. Demokratie in der islamischen Welt».



Was tut die israelische Friedensbewegung? Frage an Asaf Shtull-Trauring



Asaf Shtull-Trauring ist Mitbegründer der Organisation «Shiministim». «Shiministim» ist eine Gruppe von jungen israelischen MilitärdienstverweigererInnen. Bekanntheit und Aufsehen in und ausserhalb Israel erreichte die Organisation mit einem offenen Brief an Ministerpräsident Sharon, in welchem sich die jungen Israelis gegen die Palästina-Politik stellten. Interview von Martin Parpan

Aus Israel hört man sehr wenig von einer starken Antikriegsbewegung. Was ist der Grund, dass in Israel keine grossen Demonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg stattfinden?

Zuerst möchte ich sagen, dass eine Anti-Kriegsbewegung in Israel existiert. Diese ist aber sehr klein und ihr Einfluss ist minimal.

Israel ist ein Land, indem die Armee einen sehr grossen Einfluss hat. Man hat viel Vertrauen und Respekt gegenüber der Armee. Israel ist ein sehr militaristischer Staat, bei dem auch der Premierminister und das Parlament Militärs sind. Der Grund für das Vertrauen in die Armee ist der Glaube, dass die schützende Macht, welche die Armee verkörpert, mehr weiss als das Volk bezüglich Sicherheitsfragen. Man denkt, dass es besser sei, wenn die Armee entscheidet, was gut ist und was schlecht ist für uns. Deshalb waren wir 18 Jahre im Libanon und die Bevölkerung stellte sich erst gegen die Armee, die im Libanon bleiben wollte, als zu viele Soldaten

dort starben. Deshalb wird die Besetzung des Gebietes in Palästina nicht enden, bis die Bevölkerung verstehen wird, dass die Armee uns dort nicht beschützt, sondern ruiniert wird.

Diese Vertrauen in die Armee kann erklären, weshalb allgemein die Friedensbewegung in Israel sehr klein ist. Eine Friedensbewegung steht dem militärischen Ethos grosser Bevölkerungskreise offensichtlich entgegen. In israelischen Armeekreisen denkt man, dass ein Irak-Krieg im israelischen Sicherheitsinteresse liegt. Die Meinung in der durchschnittlichen Bevölkerung passt sich dieser Meinung an.

Trotzdem, und das ist das spezielle an der Sache, verstehen viele Leute, dass der Irak-Krieg ein imperialistischer Krieg ist. Aber eben, es ist ein guter Krieg, weil er im israelischen Interesse liegt. Israel ist eine Gesellschaft, die Krieg leicht akzeptieren kann, weil sie sich daran gewöhnt hat. Die israelische Bevölkerung wird hinter jeder Entscheidung der Armee stehen.

Boycott für den Frieden

- weil wir den Krieg ablehnen, den die Regierungen der USA und Grossbritanniens gegen den Irak führen
- weil dieser Krieg hauptsächlich den Interessen der amerikanischen und britischen Oel-Konzerne dient
- weil jeder Kauf bei einer dieser Oel-Firmen uns zu Komplizen dieses Krieges macht

Wir rufen Euch dazu auf, die Tankstellen folgender Firmen zu boykottieren: für die Schweiz ESSO (USA), SHELL* und BP (britisch). Die übrigen Oel-firmen sind sicher keine Wohltäter der Menschheit (...) aber sie sind wenigstens nicht direkt in diesen skandalösen Krieg verwickelt. Neben dem Oelboycott können Sie folgende Schritte unternehmen:

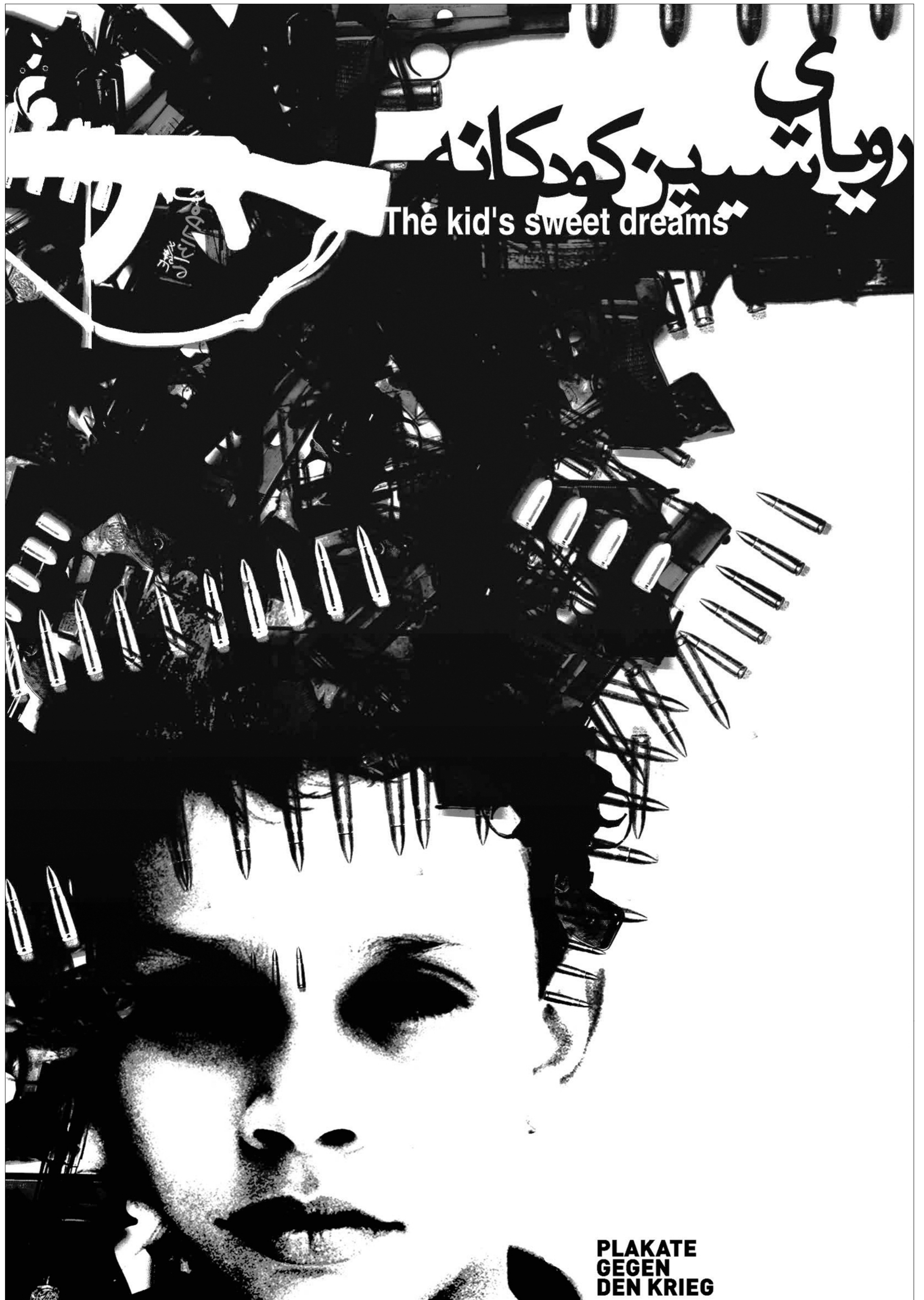
- den Schweizerischen Niederlassungen der anvisierten Firmen schreiben, um ihnen ihren Boycott kundzutun (Modellbriefe beim CMLK erhältlich oder unter www.cmlk.ch)
- eine Kopie dieser Briefe an die Botschaften der USA und Grossbritanniens in Bern schicken
- sich auf der Website des CMLK einschreiben, um über den Fortschritt des Boycotts auf dem Laufenden gehalten zu werden

Dieser Boycott wird lanciert und auf Schweizer Ebene koordiniert vom Centre Martin Luther King (CMLK), 52 rue de Genève, 1004 Lausanne, www.cmlk.ch

Zum heutigen Zeitpunkt wird er unterstützt von folgenden Organisationen:

- in der Schweiz: Association suisse pour les droits de la femme, Gruppo Ticinese per il Servizio civile (GTSC), Grüne GE, Grüne VD, Versöhnungsbund (MIR), Nowar (Genf), GSoA, Grüne Schweiz, SP Wallis, POP und Gauche en mouvement (VD).
- im Ausland: Be the Cause (Canada), Mother-earth (Belgique), Plusdepétroleus (Belgique).

* Shell ist eine englische Firma, nicht zu verwechseln mit «Royal Dutch Shell», welche eine holländische Erdölgesellschaft darstellt.



روپا ٽيڊ سين ڪمدڪانه

The kid's sweet dreams

PLAKATE
GEGEN
DEN KRIEG

Kundgebungsdaten, weitere Artikel, Informationen und Links
finden sie auf unserer Homepage [www. keinkrieg.ch](http://www.keinkrieg.ch)